

«Wer nicht wählt, wählt Wyss»

Ständeratersatzwahl Gewerbeverband unterstützt Amstutz – FDP-Abweichler wählen Wyss

VON BRUNO UTZ

Nach dem Willen des kantonalen Gewerbeverbandes Berner KMU soll Adrian Amstutz (SVP) neuer Ständerat werden: In Kirchberg beschlossen die 155 Delegierten gestern Abend mit einer einzigen Gegenstimme und drei Enthaltungen dessen Unterstützung. «Wir erwarten von Amstutz eine KMU-orientierte Politik, die von allen Bürgerlichen im Kanton Bern getragen werden kann. Die Berner Wirtschaft will zwei Ansprechpersonen im Ständerat haben», kommentierte Verbandspräsidentin Kathrin Anderegg den klaren Entscheid.

KMU-Direktor Christoph Erb erinnerte an die Stimmfreigaben von FDP, BDP und CVP und mahnte, die SVP sei zwar die klar wählerstärkste Partei, provoziere jedoch bei den Mitteparteien regelmässig eine Abwehrreaktion. «Entscheidend wird sein, welches Lager seine Wählerschaft besser mobilisiert. «Wer nicht wählt, wählt Wyss», habe vergangene Woche ein Mitglied des Leitenden Ausschusses treffend gesagt.

Wie der Gewerbeverband empfiehlt auch der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern (HIV) Amstutz zur Wahl. «Der Leitende Ausschuss hat bereits vor dem ersten Wahlgang beschlossen, dass der HIV in der Endausmarchung diejenige bürgerliche Kandidatur unterstützt, die mehr Stimmen gemacht hat», sagt HIV-Direktor Adrian Haas. Zudem sei Amstutz besser für die Wirtschaft. Dessen Ablehnung der Ausweitung der Personenfreizügigkeit mit der EU bezeichnet Haas als «Schönheitsfehler». «Ursula Wyss politisiert zudem am linken Rand der SP», sagt Haas und verweist auf die in den vergangenen Wochen publizierten Ergebnisse zweier Ratings (vergleiche Kasten).

Arbeitgeber «mündig genug»

«Unsere Mitglieder sind mündig genug, in dieser schwierigen Frage den richtigen Entscheid zu treffen, wir verzichten deshalb auf eine Wahlempfehlung», sagt Enrico Casanovas. Der Langenthaler ist Präsident des Berner Arbeitgeberverbandes. Persönlich werde er zwar am 6. März an der Wahl teilnehmen, jedoch leer einlegen, gesteht Casanovas, der



Adrian Amstutz wird vom Gewerbeverband unterstützt, Ursula Wyss politisiert zu links, hiess es gestern. FG

Klare Unterschiede

In seinem Rating zu den «gewerbefreundlichen Politikern» berücksichtigte der Schweizerische Gewerbeverband 386 Abstimmungen zu 35 Sachgeschäften. Die Auswertung ergab für Adrian Amstutz 75,6 Prozent (46. Rang von 200) eine Übereinstimmung mit den Positionen des Gewerbeverbandes. Nationalrätin Ursula Wyss landete mit 29,4 Prozent auf dem 153. Platz. Das jüngste «Links-Rechts»-Rating der «NZZ» ergab auf einer Skala zwischen +10/-10 für Amstutz +9, für Wyss -9. (UZ)

während vieler Jahre als Freisinniger im Langenthaler Gemeinderat politisierte. Casanovas gehört also wie Grossrätin Katrin Zumstein (Bützberg) zu jenen Freisinnigen, die Mühe mit beiden verbliebenen Kandidierenden haben. Als Co-Präsidentin

der FDP-Frauen und Geschäftsleitungsmitglied der Kantonalpartei trage sie den Verzichtentscheid für eine Wahlempfehlung mit, sagt Zumstein: «Für mich persönlich ist aber weder Amstutz noch Wyss wählbar. Deshalb gehe ich gar nicht wählen.» Sie bedauere sehr, dass die FDP nach dem Ausscheiden von Christa Markwalder nicht doch noch eine neue Kandidatur «aus dem Hut zauberte. Die gegenüber verschiedenen Medien gemachte Aussage von Parteipräsident Peter Flück, als Oberländer werde er Amstutz wählen, ist laut Zumstein vielen Freisinnigen sauer aufgestossen: «Es het gräbblet.»

Eine Umfrage unter den Mitgliedern des Vorstandes der FDP Langenthal und der Stadtratsfraktion ergab laut Zumstein, dass «sehr viele» der Urne fernbleiben werden. «Einige

werden ihre Stimme sogar Wyss geben.» Dies will auch die letzte bernische FDP-Ständerätin tun: Gegenüber der «NZZ am Sonntag» erklärte Christine Beerli ihre Ankündigung so: Amstutz habe

Man muss das kleinere Übel wählen. Das ist Wyss und nicht Amstutz.

erstens mit dem Kampf gegen die Ausweitung der Personenfreizügigkeit die bilateralen Verträge mit der EU aufs Spiel gesetzt. Dies sei nicht im Interesse der Wirtschaft. Zweitens wähle sie Wyss, «um die Wiederwahl des bisherigen BDP-Ständerats Werner Luginbühl im Herbst offenzuhalten».

Ebenfalls Wyss wählen werden auch alt FDP-Nationalrat Marc F. Suter sowie die beiden früheren FDP-Grossräte Ueli Guggisberg und Rolf Iseli. In der «NZZ am Sonntag» liess sich Iseli so zitieren: «Man muss jetzt das kleinere Übel wählen. Das ist Wyss und nicht Amstutz.»

Time-out-Klassen statt Ausschluss

Motion Time-out-Klassen für renitente Schülerinnen und Schüler fordern Grossräte. Doch der Regierungsrat will davon nichts wissen.

VON BRUNO UTZ

Bis zu zwölf Wochen lang können Schülerinnen und Schüler, die den Schulbetrieb massiv stören oder die Leistung verweigern, vom Unterricht ausgeschlossen werden. Diese im Volksschulgesetz verankerte Massnahme ist als Ultima Ratio für Kinder und Jugendliche vorgesehen, die in einer Klasse nicht mehr tragbar sind. Im Kanton Bern waren im Schuljahr 2008/09 74 Schüler davon betroffen, ein Jahr zuvor 59. Der Unterrichtsausschluss ist oft das letzte Mittel, um Ruhe in eine Klasse zu bringen.

«Gleichzeitig schafft ein Schulausschluss aber auch neue Probleme», erklären die beiden Grossräte Daniel Steiner (EVP/Langenthal) und Monika Gyax (BDP/Obersteckholz). Laut Aussagen von Lehrerinnen und Lehrern sei eine Wiedereingliederung der ausgeschlossenen Schüler in ihre Stammklasse sehr anspruchsvoll und scheitere oft daran, dass sie während der Auszeit keine umfassende Be-

treuung erhielten, schreiben die beiden Grossräte in einer gemeinsamen Motion. Eine sinnvolle Beschäftigung der betroffenen Kinder und Jugendlichen sei zudem nicht einfach zu finden. Mit ihrem Vorstoss fordern die zwei Grossräte die Schaffung von überregionalen Time-out-Klassen in einem Pilotprojekt. «In diesen Klassen sollen die Kinder eine schulische und systemische Ganztagesbetreuung unter Einbezug des gesamten Umfeldes, auch der Eltern, erfahren», heisst es im Vorstoss weiter.

Im Oberaargau besteht laut Steiner bereits ein Konzept für eine regionale Time-out-Klasse. Dieses gehe von einer Lehrkraft für den Unterricht und einem Sozialpädagogen für

«Im Oberaargau könnte eine Time-out-Klasse relativ rasch starten.»

Daniel Steiner, Grossrat EVP

die umfassende Betreuung der Kinder aus. Als mögliche Standorte kämen ein leerstehendes Schulhaus in Untersteckholz oder Kleindietwil infrage. Steiner: «Wäre die Finanzierung geklärt, so könnte im Oberaargau eine Time-out-Klasse relativ rasch starten.»

Geht es jedoch nach dem Willen des Regierungsrates, müssen die Oberaargauer Initianten ihr Projekt auf Eis legen. Denn dieser empfiehlt dem Grossen Rat, den Vorstoss abzulehnen. Der befristete Schulausschluss solle eine Besinnungspause sein. Mit einer Versetzung in eine Time-out-Klasse bestehe die Gefahr, dass sich dasselbe Muster bei allen Beteiligten wieder abspiele. Speziell für Unterrichtsausschlüsse eingerichtete Klassen, die jederzeit zur Verfügung stehen, bergen laut der Regierung die Gefahr, dass sie zu rasch und zu häufig genutzt werden. Zudem könne die Zusammenführung von auffälligen Schülern eine negative Gruppendynamik auslösen. Schliesslich verweist die Regierung in ihrer schriftlichen Antwort «auf die hohen Kosten»: Schätzungen aus dem Kanton Freiburg rechneten mit einem jährlichen Aufwand von rund 450 000 Franken pro Klasse.

Motionär Steiner zweifelt allerdings daran, dass «unter dem Strich» eine Spezialklasse teurer sei als Unterrichtsausschlüsse. Time-out-Klassen seien zudem flexibler. «Zwölf Wochen können zu kurz sein.» Steiner erinnert weiter an das Recht auf Bildung. «Werden Schüler vom Unterricht ausgeschlossen, wird ihnen dieses Recht verwehrt.»

Gesetz regelt, wie hart Kinder und Jugendliche bestraft werden dürfen

Vernehmlassung Das neue Gesetz, das einschneidende Massnahmen in Kinder- und Jugendheimen im Kanton Bern regelt, ist in der Vernehmlassung auf positives Echo gestossen. Das Kantonsparlament wird die Vorlage im kommenden Juni in erster Lesung beraten. Das neue Gesetz sieht vor, dass künftig nicht alle Institutionen unbeschadet alle freiheitsbeschränkenden Massnahmen einsetzen können. Solche Massnahmen stellen nämlich schwere Eingriffe in die Grundrechte der Betroffenen dar. Sie kommen zum Zug, wenn pädagogische Massnahmen nicht mehr ausreichen, wie der Regierungsrat gestern mitteilte. Im Vortrag an das Parlament sind etwa akute Gefahrenlagen wie unmittelbare Fluchtgefahr oder eine eskalierende Situation in einer Wohngruppe genannt.

Der Gesetzesentwurf regelt auch disziplinarische Massnahmen, die dann angewandt werden, wenn Jugendliche gegen die Regeln verstossen. Die schwerwiegendste Sanktion in dieser Kategorie ist der Einschluss in eine Disziplinarzelle bis zu sieben Tagen. Weiter vorgesehen sind so genannte Sicherungsmassnahmen. Dazu gehören etwa Körperkontrollen oder Urin- und Blutproben. Bei akuter Selbst- oder Drittgefährdung können

Nachrichten

Schöpfen Urteil gegen Schläger vor Obergericht

Das Obergericht muss sich mit dem Fall des «Schlägers von Schöpfen» befassen. Die Staatsanwaltschaft hat das Urteil vom 9. Februar weitergezogen. Sie habe gegen das Urteil Berufung eingelegt, bestätigte Staatsanwältin Silvia Hänzi gestern eine Meldung der Onlineplattform «bernerzeitung.ch/newsnetz». Auch die Pflichtverteidigerin Sara Ellen Hübscher zieht das Urteil weiter. Der 22-Jährige war in Schöpfen als Tüchtigt bekannt. Immer wieder riss er Streit vom Zaun. Vor Gericht musste er sich wegen eines Angriffs auf den «Löwen»-Wirt verantworten. Das Regionalgericht sah es als erwiesen an, dass Igor L. den Wirt mit einem Eisenaschenbecher am Kopf verletzt hatte. Es verurteilte ihn zu einer Freiheitsstrafe von elf Monaten. Diese sei zugunsten einer stationären Therapie aufzuschieben. Die Staatsanwältin hatte eine Freiheitsstrafe von 14 Monaten gefordert, die Verteidigerin eine «angemessene Geldstrafe» und eine ambulante Therapie. (SDA, UZ)

Wasserstrategie Breite Zustimmung

Die vorberatende Kommission des Grossen Rates befürwortet die Stossrichtung der kantonalen Wasserstrategie. Diese zeigt unter anderem auf, welche Gewässer genutzt und welche geschützt werden sollen. Sie empfehle dem Kantonsparlament ohne Gegenstimme, die Strategie zur Kenntnis zu nehmen, teilte die Kommission gestern mit. Sie unterstütze insbesondere die Absicht des Kantons, eine nachhaltige Nutzung der Wasserkraft zur Stromproduktion zu fördern. Zudem sei die Gewässerkarte eine gute Grundlage bei der Beurteilung von neuen Konzessionsgesuchen für Wasserkraftwerke. Ausgehend von den konkreten Erfahrungen, müsse die Karte aber nach fünf Jahren überprüft werden, schreibt die Kommission. Der Grosse Rat wird die Strategie, die für die kantonale Verwaltung verbindlich ist, in der Märzsession behandeln. (SDA, UZ)